

Bernhard Natter (Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck):
**Demokratie-Lernen und Politische Bildung in der Schule: Ansätze,
Möglichkeiten und Probleme**

1) Schulisches Demokratie-Lernen ist eine notwendige Bedingung für einen demokratischen Staat, eine demokratische Gesellschaft.

Die Entwicklung von Demokratiekompetenzen stellt sich beim Aufwachsen in der Gesellschaft nicht quasi naturwüchsig ein, eine institutionalisierte Demokratiebildung ist dafür nötig. Die Stabilität und Qualität der Demokratie hängen längerfristig davon ab, wie politisch mündig ihre BürgerInnen sind und sein können. Die Institution Schule als zentrale öffentliche Einrichtung, die alle nachfolgenden Generationen erreicht und für die flächendeckend Bildungsziele angepeilt werden können, ist dabei von besonderer Bedeutung.

2) Die für die wichtige Rolle als mündige BürgerInnen notwendigen Kompetenzen sind komplex und können sich nur im politischen Bildungsprozess allmählich entwickeln.

Besonders relevant für die Einschätzung von Demokratiekompetenzen sind die in den letzten Jahren entwickelten Kompetenzmodelle der Politischen Bildung. Das offizielle österreichische „Kompetenz-Strukturmodell“ für die schulische Politische Bildung (Krammer 2008) beinhaltet die Urteils-, Handlungs-, Methoden- und Sachkompetenz. Die Urteilskompetenz zielt auf die „Prüfung vorliegender politischer Entscheidungen und Urteile“ bis hin zum „selbständigen Fällen politischer Urteile“. Die Handlungskompetenz umfasst „Teilkompetenzen zur Artikulation und Durchsetzung von Interessen“ und „um Angebote verschiedener Institutionen und politischer Einrichtungen zu nutzen“. Methodenkompetenz meint die Analyse und eigene Anwendung von Verfahren medialer Artikulation. Die politische Sachkompetenz beinhaltet schließlich die Fähigkeit, grundlegende Konzepte des Politischen – z.B. Strukturen, Inhalte und Prozesse - zu verstehen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Mit dem Aufbau zumindest eines grundlegenden Niveaus politischer Kompetenzen soll dem Ziel mündiger BürgerInnen, die politisch selbständig denken und handeln können, mit Erreichung des Wahlalters nähergekommen werden. Die praktische Wirkung der Kompetenzorientierung dürfte in der österreichischen schulischen Praxis allerdings eher gering zu veranschlagen sein, weil es den traditionellen curricularen Inhalten einfach hinzugefügt worden ist.

3) Unter dem Schlagwort der „Demokratiepädagogik“ wird praktisches Demokratie-Erleben im Schulalltag dem politischen Lernen an inhaltlichen Gegenständen gegenübergestellt.

Dieser Ansatz für Demokratie-Lernen sieht Demokratie besonders auch als „Lebensform“ im Alltag und weniger als bestimmte institutionalisierte Ausprägung des politischen Systems einer Gesellschaft. Dabei rückt der konkrete Lernort Schule als „Lebens- und Erfahrungsraum“ in den Mittelpunkt. Die Schul- und Lernkultur selbst soll Demokratie-Lernen ermöglichen, indem SchülerInnen durch eigene Erfahrungen und eigenes Handeln Demokratie erleben: etwa die Mitsprache im Klassenrat, die Gestaltung des Zusammenlebens von LehrerInnen und SchülerInnen durch die einvernehmliche und verbindliche Regelung von Konflikten. Durch konkrete Demokratieerfahrungen im Alltagsbereich Schule könne Demokratie besser verstanden werden und können für Partizipation wichtige Einstellungen und Kompetenzen erworben werden. Das Aufwachsen mit Demokratie im Schulalltag könne ein Hineinwachsen in Demokratie in Gesellschaft und Staat begünstigen.

4) „Demokratiepädagogik“ als unmittelbares Demokratie-Erleben kann den Kriterien eines kritischen Demokratie-Lernens sogar zuwiderlaufen, wenn sie unreflektiert und kontextlos die Erfahrungen im Nahbereich als verallgemeinerbare stehen lässt.

Dieses sehr anspruchsvolle Konzept des Demokratie-Lernens im Schulalltag gerät bei der praktischen Umsetzung zwangsläufig immer wieder in Widerspruch zu strukturellen Bedingungen der Institution Schule, wie ihrer bürokratischen und hierarchischen Struktur oder ihrer gesellschaftlichen Auslesefunktion. Nur wenn solche Spannungsfelder gerade nicht einfach ausgeblendet werden, können sie bei konkreten Anlässen wichtige Momente in der Reflexion bedeuten.

Zusammenhänge zwischen schulischer und allgemeinerer politischer Partizipationsbereitschaft konnten in empirischen Studien bisher nicht eindeutig nachgewiesen werden. Kommunikative und soziale Kompetenzen werden allerdings erweitert, die auch für politische Bereiche im engeren Sinn relevant werden können.

So wertvoll für SchülerInnen Erfahrungen mit einem offenen Diskussionsklima und realen Partizipationschancen in der Schule für die Ausbildung von Demokratiekompetenzen sind, so ist doch auf mögliche Verkürzungen des Konzepts Demokratie-Lernen im Schulalltag gerade in der praktischen Umsetzung hinzuweisen. Demokratieerfahrungen in der Lebenswelt Schule sind nicht einfach auf die Möglichkeiten und Probleme von Demokratie in komplexen Gesellschaften übertragbar. Erfahrungen in der Mikropolitik der eigenen Schule oder gar Klasse lassen sich nicht - schon gar nicht unreflektiert -

auf die Makroebene von Politikverflechtungen einer modernen Gesellschaft überführen. Die Verkürzung von Demokratie-Lernen auf soziales Lernen und gruppenspezifische Reflexion in überschaubaren Gruppen – so wichtig dies in Bildungsprozessen ist – bedeutet letztlich eine Entpolitisierung des Demokratiebegriffs.

5) Ein weiter Begriff von Demokratie, also gerade nicht die Verengung von Demokratieansprüchen allein auf den staatlichen Bereich, ist als Grundlage für Demokratie-Lernen trotzdem unverzichtbar.

Allerdings bedeutet dies keine beliebige Verschwommenheit des Begriffs. Ein so verstandener weiter Demokratiebegriff klammert Politik nicht aus gesellschaftlichen Teilbereichen aus, ohne gleichzeitig die strukturellen Unterschiede zwischen Politik und Demokratie im staatszentrierten Raum und in gesellschaftlichen Teil- und Nahbereichen zu verwischen: die kritische Reflexion von Machtverhältnissen auch in den „Privat“-Bereichen der Gesellschaft - z.B. in der Wirtschaft - ist wichtiger Inhalt von Demokratie-Lernen.

6) Demokratie-Lernen als Politische Bildung bedeutet inhaltlich, dass verschiedene Politik- und Demokratiebegriffe als Arbeits- und Analysebegriffe für praktische Beispiele verwendet und verschiedene Deutungen von Problemfeldern der Demokratie miteinander konfrontiert werden.

(etwa die Auswirkungen von engem und weitem Verständnis von Demokratie, der Betonung von Konflikt oder Konsens, von direktdemokratischen oder repräsentativen Elementen, der Mehrheitsherrschaft oder von Grund- und Menschenrechten, der primären Orientierung an Werten wie Freiheit oder Gleichheit, kurzfristig orientierter Politik in der Demokratie bei Zukunftsfragen wie Klimaschutz, Gen- oder Atomtechnik, von Globalisierung und Europäisierung auf nationalstaatliche Demokratien)
Solche inhaltlichen Zugänge stellen hohe Anforderungen an die fachwissenschaftliche Ausbildung von LehrerInnen.

7) Demokratie-Lernen als Politische Bildung richtet sich aus an didaktischen Prinzipien wie Handlungsorientierung, Problemorientierung, SchülerInnenorientierung, Konfliktorientierung und verwendet neben dem klassischen Lehrgang auch Methoden wie z.B. Projekt, Pro- und Contra-Debatte, Fallstudie, Planspiel.

Diese Zugangsweisen stellen hohe Anforderungen an die Professionalität der Ausbildung in fachdidaktisch-methodischer Hinsicht.

8) Schulisches Demokratie-Lernen in einem weiten Verständnis ist also ein sehr anspruchsvolles Projekt, das entsprechende strukturelle Rahmenbedingungen erfordert – die Förderung und Entwicklung demokratischerer Schulkultur und die stärkere Institutionalisierung der Politischen Bildung als Schulfach.

Der deutsche Politikdidaktiker Peter Henkenborg betont diesen Zusammenhang sehr deutlich: „Wenn Demokratie-Lernen ohne Schulkultur mit Möglichkeiten der Partizipation und Verantwortungsübernahme emotional leer bleibt, dann gilt umgekehrt auch, Demokratie-Lernen ohne politisches Deutungswissen und Urteilsfähigkeit bleibt kognitiv blind.“ Und resümierend hält er fest: „Insgesamt gilt, dass Demokratie-Lernen nur als Zusammenhang von Schulkultur und Unterrichtsfach funktionieren kann.“ (Henkenborg 2011, S.93)

9) Das größte strukturelle Problem für ein verstärktes Demokratie-Lernen im österreichischen Schulsystem ist trotz einiger Reforminitiativen in den letzten Jahren die immer noch schwache Stellung der Politischen Bildung als Schulfach und die damit einhergehenden Professionalisierungsdefizite bei den LehrerInnen.

Besonders nach der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre im Jahr 2007 wurde im Rahmen der „Demokratieinitiative“ der Bundesregierung Politische Bildung zum ersten Mal noch im Rahmen der Pflichtschule auf der 8. Schulstufe (4. Klasse Hauptschule bzw. AHS) als Teil eines Kombinationsfaches mit Geschichte integriert. Politische Bildung wurde also nicht als eigenständiges Fach etabliert, sondern einem Trägerfach zugeordnet, wie es schon in der AHS-Oberstufe (Trägerfach: Geschichte) bzw. verschiedenen Berufsbildenden Höheren Schulen (Trägerfächer: neben Geschichte Recht bzw. Wirtschaft) der Fall ist. Einzige Ausnahme: In den Berufsschulen existiert ein eigenes Fach Politische Bildung, allerdings auch de facto mit verschiedenen curricularen, z.B. rechtlichen Schwerpunkten. In den Kombinationsfächern ist für den Teil Politische Bildung keine systematische curriculare Verankerung festzustellen. Und diese Situation bedingt, dass keine fachbezogene sozialwissenschaftliche Lehrerausbildung existiert. Für eine Stärkung auch des Demokratie-Lernens sind meiner Meinung nach eine systematischere curriculare Verankerung der Politischen Bildung und explizit politikbezogene Ausbildungsteile (Fachinhalte, -didaktik und –methodik) für die Kombinationsfächer am dringendsten. Die skizzierte Professionalisierung der LehrerInnenausbildung kann dabei nicht dem autonomen Gutdünken der einzelnen Universitätsinstitute der Trägerfächer und den Pädagogischen Hochschulen überlassen bleiben. Hier sind von den Bildungsministerien curriculare Minimalkriterien vorzusehen.

Verwendete Literatur:

Beutel, Wolfgang/Fauser, Peter (Hg.): Demokratiepädagogik. Lernen für die Zivilgesellschaft, Schwalbach/Ts. 2.Aufl. 2011

Beutel, Wolfgang/Fauser, Peter/Rademacher, Helmolt (Hg.): Jahrbuch Demokratiepädagogik 2012. Aufgabe für Schule und Jugendbildung; Schwalbach/Ts. 2012

Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried (Hg.): Demokratie braucht politische Bildung, Bonn 2004

Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried (Hg.): Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung, Schwalbach/Ts. 2002

Hellmuth, Thomas: Professionalisierung ohne Strukturwandel? Eine Analyse zur politischen Bildung in Österreich, in: Diendorfer, Gertraud/Hellmuth, Thomas/Hladschik, Patricia (Hg.): Politische Bildung als Beruf. Professionalisierung in Österreich, Schwalbach/Ts. 2012, S.11-32

Hellmuth, Thomas/Klepp Cornelia: Politische Bildung. Geschichte, Modelle, Praxisbeispiele, Wien-Köln-Weimar 2010

Henkenborg, Peter: Elemente einer „demokratiepädagogischen Topik“, in: Beutel, Wolfgang/Fauser, Peter(Hg.): Demokratiepädagogik. Lernen für die Zivilgesellschaft, Schwalbach/Ts. 2.Aufl. 2011, S.86-109

Krammer, Reinhard: Kompetenzen durch Politische Bildung. Ein Kompetenz-Strukturmodell, in: Informationen zur Politischen Bildung 29/2008, S.5-14

Sander, Wolfgang: Aufgaben und Probleme politischer Bildung in Österreich, in: Helms, Ludger/Wineroither, David M. (Hg.): Die österreichische Demokratie im Vergleich, Baden-Baden 2012, S.403-422